



**DIENSTAG**

**Der Lotsendienst wird ausgebaut**

SCHAAN: Etwa ein Jahr ist es her, seit die Schaaner Lotsen ihren ersten Einsatz an der Feldkircher Strasse hatten. Der Lotsendienst, von der Kommission Schulwegsicherung einberufen und gefordert, stiess allseits auf grosse Akzeptanz. Ab dieser Woche steht nun der zweite Lotsendienst zur sicheren Überquerung der Landstrasse bereit. Seite 2

**Blatter fordert Beweise**



FUSSBALL: FIFA-Präsident Joseph Blatter (Bild) fordert von Generalsekretär Michel Zen Ruffinen bis heute Dienstagabend einen schriftlichen Bericht über die Vorwürfe, welche dieser in den letzten Tagen in verschiedenen Medien erhoben hatte. Seite 13

**Neuer Muskelstar**



KINO: Wenn nicht alles tauscht, hat der alternde Arnold Schwarzenegger einen würdigen Nachfolger in Hollywood: Er heisst Dwayne Douglas Johnson (Bild), ist 30 Jahre alt und seines Zeichens sechsmaliger Wrestling-Champion. In dem am 25. April in die Kinos kommenden Action-Spektakel «The Scorpion King» ist Johnson bereits der Star. Seite 20

**Glück im Unglück**

QUINTO/RIVERA: In Tunnels der Autobahn A2 im Tessin sind zwei Zwischenfälle glimpflich ausgegangen. Ein holländischer Reisebus brannte kurz nach der Ausfahrt aus dem Gottardtunnel aus; im Monte-Ceneri-Tunnel waren mehrere Autos in eine Kollision verwickelt. Letzte Seite

# Dreimal mehr Einbürgerungen

Im Jahr 2001 erhielten 627 Personen die liechtensteinische Staatsbürgerschaft

Die soeben erschienene Einbürgerungsstatistik für das Jahr 2001 zeigt, dass 397 in Liechtenstein und 230 im Ausland wohnhafte Personen die liechtensteinische Staatsbürgerschaft erhalten haben. Das sind fast 250 mehr als im Vorjahr. Dieses Wachstum ist auf das Gesetz für eine erleichterte Einbürgerung Alteingesessener zurückzuführen.

Doris Meier

120 alteingesessene Ausländerinnen und Ausländer haben sich das seit Juli 2000 geltende Gesetz zu Nutze gemacht und sich in Liechtenstein einbürgern lassen. Rund ein Drittel davon waren zuvor Bürgerinnen und Bürger aus Österreich, ein weiteres knappes Drittel hatte eine schweizerische Staatsbürgerschaft, 40 Personen stammten aus Deutschland und 32 davon aus der Türkei. Im Jahr 2000 erhielten 43 Personen durch dieses Gesetz die Staatsbürgerschaft. Das Gesetz



Im Jahr 2001 wurden in Liechtenstein fast 400 Personen eingebürgert.

zur erleichterten Einbürgerung alteingesessener Ausländer war im Juli 2000 mit einer Differenz von nur 15 Stimmen ausserst knapp an der Urne ange-

nommen worden. Es scheint, dass es nun langsam zu greifen beginnt. Alteingesessene Ausländerinnen und Ausländer können sich erleichtert einbü-

rgern lassen, wenn sie einen ordentlichen Wohnsitz von 30 Jahren nachweisen können, wobei die Jahre von Geburt bis zum 20. Lebensjahr doppelt ge-

zählt werden. Ausserdem müssen sie auf die bisherige Staatsbürgerschaft verzichten.

**Über 5300 Einbürgerungen**

Von 1970 bis 2001 erhielten über 5300 vormalige Ausländerinnen und Ausländer die liechtensteinische Staatsbürgerschaft. Rund die Hälfte davon sind in Liechtenstein wohnhafte Kinder von inländischen Müttern. Die Einbürgerungen ausländischer Frauen, die mit Liechtensteiner verheiratet sind, machen gut 20 Prozent der gesamten Einbürgerungen aus.

Neben den 5300 Einbürgerungen, erhielten in den letzten 30 Jahren rund 4000 im Ausland wohnhafte Kinder liechtensteinischer Mütter die liechtensteinische Staatsbürgerschaft. Interessant ist noch zu erwähnen, dass von 1970 bis 1998 über 55 Prozent der liechtensteinischen Männer und über 51 Prozent der Frauen einen Ausländer beziehungsweise eine Ausländerin geheiratet. Die Zahlen für die Jahre 1999 bis 2001 liegen noch nicht vor.

## Demonstrationen in Frankreich

Nach Le-Pen-Erfolg: Politiker in ganz Europa besorgt

PARIS: Nach dem überraschenden Wahlerfolg des rechtsextremen Jean-Marie Le Pen in der ersten Runde der französischen Präsidentschaftswahl schlagen Politiker in ganz Europa Alarm. In Frankreich formiert sich eine politische Front gegen Rechts.

Führende Politiker der regierenden Linksparteien riefen zur Wiederwahl des konservativen Staatspräsidenten Jacques Chirac auf. «Um den Rechtsradikalen den Weg zu versperren, müssen wir in der Stichwahl für Chirac stimmen», sagte gestern der grüne Präsidentschaftsbewerber Noël Mamère.

**Landesweite Proteste**

Die Sozialistische Partei bezeichnete Le Pen als eine «Gefahr für die Republik». Le Pen tritt in der Stichwahl vom 5. Mai gegen Chirac an, der in der ersten Runde vom Sonntag 19,88 Prozent der Stimmen erhalten hatte. Der 73-jährige Le Pen konnte sich 16,18 Prozent der Stimmen sichern. Der sozialistische Premierminister Lionel Jospin wurde mit 16,18 Prozent aus dem Rennen geworfen und kündigte daraufhin seinen Rückzug aus der Politik an.

Nach dem Rechtsruck protestierten gestern Zehntausende Franzosen gegen Le Pen. Bereits in der Nacht zum Montag hat-



Nach dem Rechtsruck in Frankreich formiert sich ein breites Bündnis der Demokraten gegen Jean-Marie Le Pen. (Bild: Keystone)

ten in zahlreichen französischen Städten Demonstrationen eingesetzt. Im Laufe des Tages setzten vor allem Studierende die Demonstrationen fort.

**Besorgtes Ausland**

In den europäischen Nachbarländern nannten Medien

und Politiker das Ergebnis alarmierend und beunruhigend. Zahlreiche Politiker riefen das französische Stimmvolk auf, den Rechtsextremismus abzulehnen. Bundesrat Pascal Couchepin nannte den Wahlerfolg Le Pens einen «Horror für die Franzosen».

Auch verschiedene Rechtsausen-Parteien gingen zu Le Pen auf Distanz. So die niederländische Partei Pim Fortuyn, die gegen eine liberale Einwanderungspolitik kämpft, oder die postfaschistische Nationalallianz Gianfranco Finis in Italien. Mit dem Ergebnis zufrieden zeigten sich dagegen die flämischen Extremisten vom Vlaams Blok in Belgien und die rechtspopulistische Lega Nord in Italien.

**Suche nach Erklärungen**

Derweil speulierte alle Welt über die Ursachen für Le Pens Erfolg. Nach Einschätzung von Meinungsforschern hat die hohe Wahlenthaltung von fast 28 Prozent und die Rekordzahl von 16 Kandidaten dazu geführt, dass Jospin lediglich auf dem dritten Platz hinter Le Pen landete.

Die sozialistische Parlamentsfraktion machte Chirac für den Wahlerfolg des Rechtsradikalen verantwortlich. Durch die Betonung des Themas «innere Sicherheit» habe er mit den Ängsten der Franzosen gespielt und in die Arme der Rechtsradikalen getrieben.

Noch in der Wahlnacht rief Chirac die Franzosen zur Geschlossenheit auf. Die Demokratie sei das «höchste Gut» und müsse nun verteidigt werden.

Seite 21

**Beratung über Sexskandal**

ROM: Zwölf Kardinäle aus den USA sind gestern zu einem Spitzentreffen mit Papst Johannes Paul II. nach Rom gereist, bei dem über den Sex- und Missbrauchsskandal beraten werden soll, der derzeit die katholische Kirche in den USA erschüttert. Die Beratungen sollen am heutigen Dienstag beginnen. Mehreren Kirchenoberen wird vorgeworfen, wiederholt Priester geschützt zu haben, die sich sexueller Verfehlungen gegen Kinder schuldig gemacht haben sollen.

Im Mittelpunkt des Skandals steht der Bostoner Kardinal Bernard Law. Er hat eingeräumt, einen Priester einfach in eine andere Gemeinde versetzt zu haben, nachdem gegen ihn Klagen über sexuelle Misshandlungen von Kindern laut wurden. Auch der New Yorker Kardinal Edward Egan hat inzwischen mögliches Fehlverhalten im Zusammenhang mit einem Missbrauchsskandal eingestanden.

Der Papst hatte lange Zeit zu den Berichten über sexuelle Verfehlungen von Priestern geschwiegen. In seiner Botschaft am Gründonnerstag sprach er dann von einem «schwarzen Schatten des Verdachts» auch auf alle Priester gefallen sei.